



Um diese Probleme zu entschärfen, setzt sich unter anderem auch die Tierrechtsorganisation PETA verstärkt für ein Kastrationsgebot für alle Katzen ein, die Zugang zum Freien haben. Auf diese Weise könnten durch die Eindämmung der Überpopulation auf lange Frist die Probleme für Mensch und Tier verringert werden. Daher ist die Einführung eines Kastrationsgebotes für Katzen, wie es beispielsweise in Paderborn seit einiger Zeit besteht, eine adäquate Maßnahme.

Das Umweltministerium Nordrhein-Westfalens hat in diesem Zusammenhang den kommunalen Spitzenverbänden empfohlen, dem Beispiel Paderborns zu folgen. Ebenso begrüßt unter anderem auch der Tierschutzausschuss der Bundestierärztekammer den Paderborner Vorstoß (vgl. dazu auch: § 5 Abs. 4 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Paderborn).

Für die Verwaltung entstehen keine Kosten, da die Kastration und die damit verbundene Chip-Kennzeichnung der Katzen vom Tierhalter oder bei streunenden Katzen/Fundtieren von Tierschutzorganisationen übernommen werden.

Weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

gez. Wolf-Dietmar Brandtner  
stv. Fraktionsvorsitzender

f. d. R. Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer

gez. Mareike Bahlo  
bürgerliches Mitglied

f. d. R. Dr. Ulrich Erdmann  
Fraktionsgeschäftsführer